

Pressemitteilung

Bauwirtschaft Thüringen: „Zurückhaltende Investitionen auch in neue Nichtwohngebäude“

Erfurt, 14. Juli 2023

Die Bauaufsichtsbehörden in Thüringen gaben in den ersten fünf Monaten 2023 im Nichtwohnbau 303 neue Gebäude mit einer veranschlagten Baukostensumme von 230 Millionen Euro zum Bau frei. Es wurden gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum 84 neue Gewerbeobjekte weniger (-21,7 Prozent) geplant. Der Investitionsrückgang beläuft sich auf fast 83 Millionen Euro (-26,4 Prozent). Die veranschlagte Baukostensumme für Betriebsgebäude betrug in den ersten 5 Monaten 2023 rund 126 Millionen Euro. Das bedeutet einen Rückgang gegenüber dem Zeitraum 2022 um 114 Millionen Euro (-47,6 Prozent). Steigende Investitionen gab es nur bei Neubaugenehmigungen für Büro- und Verwaltungsgebäude. Die Investitionssumme erhöhte sich um fast 31 Millionen Euro (+113,5 Prozent). „Aber das gleicht die Auftragsrückgänge insgesamt nicht aus, zumal die Lage im Wohnungsbau noch schwieriger ist. Die Ursachen sind komplex. Die Zahlen sind das Ergebnis einer volkswirtschaftlich schwierigen Lage. Die Bauwirtschaft in Thüringen spürt die Krise deutlich“, kommentiert Dr. Burkhard Siebert, Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Thüringen die Zahlen des Thüringer Landesamtes für Statistik: „Im Zeitraum Januar bis April 2023 wurden von den Betrieben des Thüringer

Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr tätigen Personen Aufträge in Höhe von 726,8 Millionen Euro angenommen. Insgesamt waren die Auftragseingänge um 53,7 Millionen Euro (-6,9 Prozent) niedriger als im Vorjahreszeitraum.“

Für die im Nichtwohnbau mit Abstand wichtigste Bauherrengruppe der Wirtschaftsunternehmen wurden 166 Millionen Euro Baukosten für den Neubau veranschlagt: -34,6 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Bei den privaten Bauherren insgesamt nahmen die geplanten Baukosten im Nichtwohnbau im Vergleichszeitraum sogar auf 11 Millionen Euro ab (-51,5 Prozent). Für das geplante Bauvolumen der öffentlichen Bauherren allerdings wurden im Vergleich zu 2022 rund 54 Millionen Euro und damit 16 Millionen Euro (+42,9 Prozent) mehr veranschlagt.